

Kapitulation vor Jugendgewalt?

Kein Alkohol, keine teuren Accessoires, keine Markenklamotten: Die Stadtpolizei Olten veröffentlichte gestern Ratschläge, wie sich der Normalbürger vor tätlichen Übergriffen schützen kann. Politiker widersprechen: Diese Verhaltensanpassungen kämen einer Kapitulation vor der Jugendgewalt gleich.



Bild: istockphoto / Catalin

Ist «Opfererziehung» der falsche Weg zur Bekämpfung von Jugendgewalt?

Der Kampf gegen die Jugendgewalt ist zu einem schweizweiten Thema geworden. Die Stadtpolizei Olten gibt deshalb in einem Merkblatt Hinweise, wie sich die potentiellen Opfer vor Übergriffen schützen sollen. Von harmlosen Tipps wie, man soll nachts auf beleuchteten Strassen nach Hause gehen, über Anhaltspunkte wie, man soll sich nicht provozieren lassen, gehen die Ratschläge in eine Richtung, die nach Meinung von Politikern einer «Opfererziehung» gleich kommen.

So besagt ein Punkt des Merkblattes: «Trinken Sie nur so viel Alkohol, dass Ihre Reaktion nicht eingeschränkt ist und Sie noch schnell handeln und entscheiden können». Der Kommandant der Polizei Olten, Mark Haggenmüller konkretisiert gegenüber «20 Minuten»: «Wir empfehlen 0,0 Promille». Ein weiterer Tipp empfiehlt, nicht mit Worten, Gesten oder gar der Kleidung zu provozieren. Auch dazu nimmt Haggenmüller Stellung und sagt: «Teure Accessoires und Markenklamotten sind nicht empfehlenswert».

Die Anleitung ist wohl gut gemeint, sorgt jedoch für heftigen Widerspruch von Seiten der Politik. Muss sich die Gesellschaft wegen der Jugendgewalt anpassen? Freiheitsliebenden Menschen gefällt das gar nicht. Gemäss «20 Minuten» äussert sich SVP-Nationalrat Lukas Reimann empört gegenüber diesem Verhaltenskodex: «Man muss in der Schweiz herumlaufen können, wie man will. Solche Hilferufe zeigen, dass die Polizei vor der Jugendgewalt kapituliert». Die CVP zieht am selben Strick und findet, der Schritt, die eigene Kleidung wegen der Jugendgewalt anzupassen, gehe zu weit. Der Fokus der Gewaltbekämpfung

müsse klar bei den Gewalttätern liegen. Es wird mehr Polizeipräsenz gefordert. Lediglich die SP befürwortet diese Massnahme und begrüsst es, dass der Kampf gegen die Jugendgewalt auf allen Ebenen angegangen wird.

(mv)